

Vereinbarung

zwischen der



SPD Herne

und



Bündnis 90 / Die Grünen Herne

**Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Herne
– für Bürgernähe, Arbeit, Bildung und eine
lebenswerte Umwelt**

A. Präambel

Die Vertragspartner erklären ihren Willen, eine feste Zusammenarbeit für die Dauer der Wahlperiode 2004 – 2009 zu bilden. Die im Folgenden niedergelegten Punkte sind die zum jetzigen Zeitpunkt verhandelten kommunalpolitischen Projekte und Ziele. Beide Partner erklären ihre Absicht, die sich in der Wahlperiode ergebenden neuen Aufgaben im Sinne der Vereinbarung und unter Weiterentwicklung der aufgeführten Verhandlungsergebnisse gemeinsam zu gestalten.

Die Vertragspartner setzen sich für eine Stadt ein, in der Menschen unabhängig vom Geldbeutel, von Geschlecht und Alter sowie Nationalität gleiche Chancen haben, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

Wir sehen es als unsere Verpflichtung an, im Rahmen vorhandener Möglichkeiten für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu sorgen sowie gegen Rassismus einzutreten.

Ziel der Zusammenarbeit ist es, den seit Jahrzehnten laufenden Strukturwandel in Herne weiter konsequent fortzusetzen und die Stadtentwicklung gleichwertig unter den Vorzeichen einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Zukunftsperspektive zu gestalten.

Die Vertragspartner haben daher diese Vereinbarung an folgenden Leitgedanken orientiert:

- Eigenständigkeit der Stadt durch scharfes Profil in der Region erhalten.
- Politische Gestaltungsspielräume durch verantwortungsbewusste und generationengerechte Haushaltspolitik erhalten.
- Den sozialen Zusammenhalt in der Stadt erhalten.
- Arbeitsplätze in Herne sichern und schaffen.
- Transparenz in Politik und Verwaltung schaffen.
- Nachhaltigkeit im Sinne des AGENDA 21 – Gedankens praktizieren.
- Bildung für alle fördern.
- Bürgerbeteiligung und Mitsprache ausbauen.

Die Vertragspartner sind sich bewusst, dass sich die Finanzlage der Kommune durch das Scheitern der Gemeindefinanzreform in 2003 nicht wesentlich ändern wird. Auch weiterhin wird mit knappsten Mitteln am Rande der Haushaltsgenehmigung zu wirtschaften sein. Wir wollen auch bei möglichen weiteren Verschlechterungen der Haushaltslage gemeinsam und im Gespräch mit Betroffenen in Verbänden, Vereinen und Personalrat vernünftige Lösungen suchen, die den oben genannten Leitlinien entsprechen.

B. Vereinbarungen der Vertragspartner

Gliederung:

1. Arbeit und Wirtschaft
2. Stadtentwicklung
3. Soziales
4. Schule
5. Umwelt
6. Verkehr
7. Jugendhilfe
8. Sport
9. Kultur
10. Haushalt und Stadtwirtschaft
11. Verwaltung und Personal

1. Arbeit und Wirtschaft

Eines unserer Kernanliegen ist es, Arbeitsplätze in Herne zu sichern und zu schaffen. Dabei verkennen wir nicht, dass die entscheidenden Rahmenbedingungen auf Bundesebene gesetzt werden. Wir werden jedoch den uns möglichen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten. Die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeits- und Wirtschaftsförderungspolitik sind aber begrenzt. Umso bedeutsamer ist daher unser Engagement für den Erhalt der Arbeitsplätze in der kommunalen Wirtschaft.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- Förderung von Existenzgründungen.
- Entwicklung des Mittelstandes.
In diesem Zusammenhang setzen sich die Vertragspartner für den Erhalt der Eigenständigkeit der Herner Sparkasse ein.
- Ein wichtiger Baustein wird die Einrichtung einer Mittelstandsagentur, die als Kontaktstelle zwischen Unternehmen, Wirtschaftsförderung und Stadtverwaltung angesiedelt wird, sein.
- Gewerbeflächen marktreif entwickeln.
- Unsere Kompetenzfelder Logistik und Gesundheitswirtschaft mit Augenmaß weiter ausbauen.
- Die regionale Zusammenarbeit bei der Wirtschaftsförderung und der Flächennutzung zu intensivieren.

2. Stadtentwicklung

Hernes Vorteil ist die zentrale Lage im Ruhrgebiet. Wir wollen uns stärker als zentrale Wohnstadt im Revier positionieren. Um dies zu erreichen, sollen zentrale Örtlichkeiten städtebaulich neu gestaltet, attraktive Wohngebiete neu geschaffen und bestehende Siedlungsstrukturen sowohl

baulich saniert als auch sozial gestützt werden. Daneben gilt es, wichtige Freiflächen zu schützen und ökologisch aufzuwerten.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Masterplan Wanne**

Wir wollen die Sozialstruktur im Stadtbezirk Wanne stützen und einen „Masterplan Wanne“ entwerfen. In diesem sollen alle Maßnahmen (Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung, Stadteilerneuerung, Schulentwicklung etc.) aufgeführt werden, die in den kommenden Jahren geplant, begonnen und umgesetzt werden können. Beispielsweise seien hier genannt:

- **Schweinemarkt**

Die Fläche soll mit besonderem städtebaulichen Anspruch und ökologischer Ausrichtung bebaut werden.

- **Buschmannshof**

Die Neugestaltung des Buschmannshofes als zentraler Eingangsplatz zur Fußgängerzone Hauptstraße soll nach Möglichkeit 2005 beginnen und noch in dieser Wahlperiode abgeschlossen werden. Die Verwaltung wird unverzüglich mit der Emschergenossenschaft die Planungen abstimmen.

- **Sport- und Kulturzentrum „Unser Fritz“**

Die Entscheidung über eine Landesförderung wird in Kürze erwartet. Falls es eine Förderung geben sollte, ist die Maßnahme unverzüglich umzusetzen. Für den Fall, dass es keine Förderung geben sollte, werden wir die finanziellen Möglichkeiten der Stadt, die Maßnahme selbst zu realisieren, prüfen.

- **Knipping-Dorn-Gelände**

Hinsichtlich des Geländes Knipping-Dorn unterstützen die Vertragspartner die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Ziel, Wohnflächen und wohnortnahes Gewerbe anzusiedeln. Bestehende Einrichtungen sind in ihrem Bestand zu sichern.

- **Lohofer-Feld**

Die im Flächennutzungsplan ausgewiesene Freifläche ist, mit Ausnahme der Krankenhausbedarfsfläche, langfristig zu sichern. Hinsichtlich dieser Fläche ist mit dem Eigentümer Kontakt aufzunehmen, um über dessen Planungen unterrichtet zu werden.

- **Flottmann**

Die Bauleitplanung ist auf eine einreihige Bebauung auszurichten. Diese Bebauung sowie der Landschaftspark (Stadtpark Herne-Süd) sollte zügig realisiert werden.

- **Gewerbe- und Wohnbaureserveflächen**

Die Verwaltung wird eine aktuelle Aufstellung der Gewerbe- und Wohnbaureserveflächen mit Angaben zur Verfügbarkeit und Priorität erstellen. Die Vertragspartner sind sich einig, dass bei zentrennahen Flächen auf eine innenstadtverträgliche Nutzung geachtet wird.

- **Fortbildungsakademie**

Das Projekt soll 2005 fertig gestellt werden, damit Sodingen einen attraktiven Wohn- und Geschäftskern erhält.

- **Willy-Pohlmann-Platz**

Der Platz soll neu gestaltet werden. Planung und Realisation sollen möglichst zeitnah erfolgen.

3. Soziales

Die Vertragspartner wollen die soziale Infrastruktur unserer Stadt erhalten und bekennen sich zum Prinzip der solidarischen Gesellschaft.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft Herne (GBH)**

Die Verlustabdeckung soll kurz- bis mittelfristig deutlich abgesenkt werden. Die Vertragspartner sind offen für Gespräche mit den freien Trägern darüber, die GBH zu einer Projektentwicklungsinstanz umzubauen, an der die Träger durch Umgestaltung des Gesellschaftervertrages und/oder Kauf von Gesellschaftsanteilen beteiligt sind. Vorstellbar ist beispielsweise, dass Projekte/Maßnahmen durch die GBH akquiriert und über andere, beteiligte Träger abgewickelt werden.

- **Umsetzung Hartz IV**

Mit Hartz IV greift die umfassendste Arbeitsmarkt- und Sozialreform, die je in unserem Land umgesetzt worden ist.

In diesem Kontext ist die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsangeboten, insbesondere für Langzeitarbeitslose, für die Vertragspartner ein wichtiger Baustein im Rahmen der kommunalen Beschäftigungspolitik. Besonderen Wert legen wir dabei auf die begleitende Qualifizierung und eine intensive sozialpädagogische Betreuung.

Die Vertragspartner regen die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zwischen der Stadt Herne und der Agentur für Arbeit zum gemeinsamen Betrieb des Job-Centers an. Der Aufgabenanteil der Kommune soll dem der Agentur für Arbeit gleichgewichtig sein, um einen entsprechenden Einfluss zu haben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bereits vor Bildung der ARGE ein Beirat eingerichtet wird, der die Umsetzung von Hartz IV begleitet.

Durch die Neuregelung der Kosten der Unterkunft (KdU) im Rahmen von Hartz IV sind die Kommunen direkt für die Unterkunft der Erwerbslosen zuständig. Die Vertragspartner werden die KdU nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Kosten betrachten, sondern auch die sozialen und stadtplanerischen Folgen zur Grundlage weiterer Entscheidungen machen.

Die Verwaltung wird dem Rat der Stadt schnellstmöglich einen detaillierten Bericht über die KdU geben.

- **Sozialgeldempfänger/innen**

Für die zukünftigen Sozialgeldempfänger/innen (Arbeitslose zwischen 18 und 64, die weniger als 3 Std. täglich erwerbsfähig sind) sollen geeignete Maßnahmen entwickelt werden, um ihre Erwerbsfähigkeit wieder herzustellen.

- **Seniorenpolitik**

Unter dem Gesichtspunkt der demografischen Entwicklung fordern wir die Erstellung eines Konzeptes zum menschlichen Altern und für seniorengerechte Lebensbedingungen. Ziel ist es, dass sich ältere Menschen in unserer Stadt sicher und wohl fühlen.

- **Förderung des Ehrenamtes**

Sowohl im Gesundheits- als auch im Sozialbereich ist das ehrenamtliche Engagement zu fördern, dabei darf jedoch das Ehrenamt die professionelle Hilfe, da wo diese notwendig ist, nicht ersetzen.

- **Forensik**

Die Vertragspartner halten die planungsrechtliche Grundlage für eine forensische Klinik im Stadtbezirk Wanne mit ihrer weitgehenden Einschränkung der gemeindlichen Selbstverwaltung weiterhin für zweifelhaft. Sie unterstützen daher die Berufungsklage der Stadt und wollen eine höchstrichterliche Entscheidung herbeiführen.

4. Schule

Bildung ist für die Vertragspartner der entscheidende Baustein für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Offene Ganztagschule**

Bis zum Jahr 2007 sollen 25 % aller Grundschulkinder in Ganztagschulen betreut werden. Grundlage der Entwicklung ist das bestehende Planungskonzept. Wir werden bei Einrichtung und Betrieb auf verbesserte Qualität (z.B. Vorbereitungszeiten für das Betreuungspersonal) achten. Altersgemischte Gruppen sollen angeboten werden, wo es keine Offene Ganztagschule gibt und bei besonderem sozialpädagogischen Förderbedarf.

- **Schulsozialarbeit**

Wir schaffen neue kommunale Spielräume für Schulsozialarbeit und entwickeln bestehende Angebote weiter.

- **Schulbau**

Notwendige Sanierungen des Bestandes setzen wir in Gang. Vor dem Hintergrund der Schulentwicklungsplanung forcieren wir auch den Ausbau und die Ausstattung der Schulen in unserer Stadt.

- **Migranten**

Die Verbesserung der Bildungsabschlüsse ist für uns ein zentrales Ziel. Wir wollen eine kommunale Bildungsoffensive für Migranten und

Deutsche durch den Ausbau der bestehenden Angebote (z.B. Sprachförderung) bzw. durch deren Neuentwicklung starten.

- **e-nitiative:**

Der Einsatz neuer Medien in Schulen ist eine wichtige Aufgabe kommunaler Bildungspolitik.

5. Umwelt

Ziel unserer gemeinsamen Umweltpolitik ist der verantwortungsvolle Umgang mit den vorhandenen Ressourcen. Nachhaltigkeit wird ein wichtiges Kriterium bei unseren Entscheidungen für die Zukunft sein.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Lokale Agenda 21 und Stadt Herne**

Wir werden die Lokale Agenda 21 mit ihren zahlreichen Projekten weiterhin unterstützen. Die finanzielle Absicherung der Agenda-Arbeit werden wir sicherstellen.

Außerdem beabsichtigen wir die Einrichtung eines Agenda-Beirates. Einen entsprechenden Antrag zur Einrichtung des Beirates werden wir 2005 einbringen.

Das Projekt Ökoprotit soll fortgeführt werden. Ziel ist es, neben der Stadt und städtischen Töchtern auch verstärkt private Firmen einzubeziehen.

Der Stadt Herne kommt eine Vorbildfunktion hinsichtlich der Gedanken des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit zu. Wir werden die Verwaltung beauftragen, das Beschaffungswesen an den Empfehlungen des Handbuchs für ein umweltorientiertes Beschaffungswesen der EU zu orientieren. Die Verwaltung wird hier zunächst einen Bericht fertigen, der die Handlungsmöglichkeiten darstellt.

Die Stadtverwaltung wird ihre Politik des sparsamen Umgangs mit Energie forcieren und weiterhin den Einsatz erneuerbarer Energien unterstützen. Bei der Erneuerung von Heizungssystemen in städtischen Gebäuden ist der Einsatz von nachhaltigen Energiequellen zu prüfen. Im Rahmen von Budgetierung und Neuem Kommunalem Finanzmanagement (NKF) soll sparsamer Umgang mit Energie belohnt werden.

- **Emscherumbau und Grün- und Freiflächen**

Der Umbau des Emschersystems und seiner Nebenläufe hat für unser Stadtgebiet besondere Bedeutung. Wir werden den weiteren Umbau des Dorneburger Baches sowie den Ausbau der begleitenden Fuß- und Radwege als Wegeverbindung zu Freiräumen und Grünanlagen in den Stadtteilen positiv begleiten.

Die knappen Grün- und Freiflächen in Herne sind zu erhalten. Der Landschaftsplan ist mit dem Ziel von mehr Quantität und Qualität fortzuentwickeln. Das Entsiegelungskonzept wird fortgeschrieben. Die Rücknahme von Landschaftsplangebieten ist nur im absoluten Ausnahmefall möglich. Hier ist ein erhöhter Ausgleich zwingend erforderlich.

Schwerpunkte der ökologischen Qualitätsverbesserung werden u.a. sein: Die Sicherung des Lohofer Feldes – mit Ausnahme der Krankenhausbedarfsfläche -, der Ausbau des Flottmannparks, die Landschaftsgestaltung auf dem Optelaakgelände und die Sicherung der Plutohalde als landschaftsgeschützter Bereich. Das Knappsche Gelände wird in den Landschaftsplan aufgenommen. Für weitere Gelände des Innenbereiches werden wir auf der Grundlage des „Stadtökologischen Beitrags“ die vom Gutachter empfohlenen Entwicklungsziele prüfen und soweit möglich umsetzen.

Wir werden darauf achten, dass Ausgleichsmaßnahmen orts- und zeitnah erfolgen. Flächen, die sich im Besitz der Stadt befinden und für Maßnahmen geeignet sind, z.B. das Erdbeerfeld, haben hier eine besondere Bedeutung. Wir werden einen Antrag zur Erstellung eines Ausgleichsflächenkatasters einbringen. Über die Entwicklung der Eingriffe und der Ausgleichsmaßnahmen und die Höhe der Ausgleichsgelder ist jährlich im Umweltausschuss zu berichten.

- **Abfall**

Das Aufkommen aus der Bioabfallsammlung soll wieder erhöht werden. Hierzu ist eine stärkere Informations- und Beratungsarbeit notwendig. Wir werden hierzu einen Antrag zur Ausweitung und Vernetzung der Öffentlichkeitsarbeit von Stadtverwaltung und „entsorgung herne“ stellen. Die Einführung einer blauen Tonne zur Sammlung von Altpapier und Elektroschrott auf freiwilliger Basis wird ebenfalls geprüft.

6. Verkehr

Herne lebt von einer guten Verkehrsinfrastruktur. Deren Erhalt und Qualitätsverbesserung sind Ziel unserer Politik.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Öffentlicher Personennahverkehr**

Mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplans wollen die Vertragspartner das Angebot im ÖPNV weiter verbessern. Hierzu gehört auch ein attraktives Nachtverkehrsangebot. Möglichkeiten hierfür werden wir prüfen lassen.

Unser vorrangiges Ziel ist es, den Ausbau der Straßenbahnlinie 306 bis 2009 abzuschließen.

Wir unterstützen die weitere Kooperation der Nahverkehrsunternehmen im Rahmen der KÖR (Kooperation Östliches Ruhrgebiet).

- **Radverkehr**

Die Stadt Herne strebt an, bis 2007 die Bedingungen für die Aufnahme in die AG „Fahrradfreundliche Städte NW“ zu erfüllen. Zur Erreichung des Zieles werden die folgenden Maßnahmen ergriffen:

- Die Vorschläge auf Grundlage des Radverkehrsgutachtens vom März 2001 werden umgesetzt. Die Verwaltung wird dazu einen konkreten Zeit- und Maßnahmenplan erstellen.
- Kurzfristig werden weitere Einbahnstraßen für den Radverkehr geöffnet.

7. Jugendhilfe

Die Vertragspartner wollen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aufnehmen und mit ihnen gemeinsam Möglichkeiten schaffen, die die Entwicklung und Entfaltung junger Menschen fördern.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit**

Wir werden die Richtlinien aktualisieren und Rahmenschwerpunkte (z. B. Öffnungszeiten Jugendfreizeiteinrichtungen, Verteilung Angebote für Kinder/Jugendliche, geschlechtsspezifische Angebote) setzen. Die stärkere Kooperation der Träger untereinander ist dabei für uns von besonderer Wichtigkeit.

- **Kinder- und Jugendbericht**

Unser Ziel ist die Erstellung eines Kinder- und Jugendberichts, der erstmalig im Jahr 2006 erscheint und danach alle zwei Jahre fortgeschrieben und weiterentwickelt wird.

Für diesen Bericht soll zunächst das vorhandene Berichtswesen (z. B. KiTa-Bereich, Tätigkeitsberichte der freien Träger, der aufsuchenden Jugendarbeit, des Spielezentrums, des ASD inklusive im Haushalt vorgesehener Ausgaben) gebündelt werden.

Nach Aktualisierung diverser Teilbereiche (z. B. Bestandserhebungen OT-Bereich, HzE, Spiel- und Freiflächen) soll ausführlich zu einzelnen Schwerpunktthemen (JH und Schule, Kinderarmut, Jugendkultur u.a.) berichtet werden.

- **Betreuungsangebote für Kinder**

Tageseinrichtungen für Kinder sind wichtige Bildungseinrichtungen. Vorhandene Ansätze sollen weiter entwickelt werden. Wir wollen eine bedarfsgerechte Versorgung mit Betreuungsangeboten für Kinder zwischen 0 und 10 Jahren schaffen.

Die Zahl der Betreuungsplätze für 0 bis 3jährige soll ausgebaut werden (u. a. durch Selbstverpflichtung der Stadt zur Umwandlung freierwerdender Betreuungsplätze im Bereich der Kindertageseinrichtungen). Wir setzen dabei auch auf das bewährte Angebot der freien Träger. Veränderungen der Bedarfe sollen kooperativ gelöst werden.

Die gute Versorgungssituation für 3 bis 6jährige Kinder wollen wir – unter besonderer Berücksichtigung der für Kinder mit Behinderungen eingerichteten Plätze – aufrechterhalten.

Ein weiteres Ziel ist der bedarfsgerechte Erhalt altersgemischter Gruppen für Kinder bis 10 Jahren (Schwerpunkteinrichtungen zur Förderung benachteiligter Kinder). **(Siehe Protokollnotiz)*

- **Jugendberufshilfe**

Wir wollen die Jugendberufshilfe als eigenständiges, ergänzendes Angebot der Jugendhilfe erhalten und ihre Notwendigkeit im Jahr 2007 überprüfen.

- **Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen**

Wir wollen die vorhandenen Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen zu einer einheitlichen und in den jeweiligen Aufgaben abgestimmten Interessenvertretung weiterentwickeln.

Die folgenden Aspekte und Institutionen sind hierbei von besonderer Bedeutung:

- Öffnung des Kinder- und Jugendparlaments für Verbände, Initiativen, Jugendzentren
- Installierung offener Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung (z. B. Kinder- und Jugendforen)
- Koordinierung/Erweiterung projektbezogener Angebote
- Kinderschutzbund
- Kinderanwältin
- Projektgruppe „Kinderfreundliche Stadt“.

8. Sport

Im Bewusstsein der besonderen gesellschaftlichen Bedeutung von Bewegung, Spiel und Sport wollen sich die Vertragspartner weiterhin für die Schaffung einer sportgerechten Stadt Herne einsetzen. Dabei wollen wir die bewährte, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Sportpolitik, Sportverwaltung und Stadtsportbund bzw. den Sportvereinen fortsetzen.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Sportentwicklung**

Wir setzen uns ein für die Schaffung eines breit gefächerten, bedarfsgerechten Sportangebots. Auf sich ändernde Bedürfnisse und Trends, wie sie sich beispielsweise durch die aktuelle Herner Sportbefragung ergeben können, wollen wir flexibel reagieren. Der in Herne geschlossene „Pakt für den Sport“ und das Leitbild „Sportgerechte Stadt“ sollen verwirklicht werden. Bei der Umsetzung legen wir ein besonderes Augenmerk auf die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in den Sportvereinen und auf die Integration von Migrantinnen und Migranten.

**Protokollnotiz zu B, Ziffer 7: Sollten sich hier veränderte Bedarfe abzeichnen, sind die Vertragspartner offen für weitere Verhandlungen.*

- **Sportanlagen**

Neben den Mitteln der Sportpauschale soll auch zukünftig ein Eigenbeitrag aus städtischen Mitteln in angemessener Höhe für die Zwecke des Sports eingesetzt werden. Im Mittelpunkt steht die bedarfsgerechte, an den Prioritätenlisten orientierte Modernisierung der Sportanlagen und der angeschlossenen Umkleidegebäude. Die angestrebte Angebotsverbesserung von Schulsportanlagen erfordert das Zusammenwirken von Schule und Sport. Unser Ziel ist es, in jedem der Stadtbezirke mindestens einen Sportplatz mit Kunstrasen einzurichten. Wichtig ist uns die Erhaltung und Modernisierung des Hallenbades Eickel für den Schul- und Vereinssport. Im Rahmen unserer rechtlichen Möglichkeiten werden wir neue und zusätzliche Nutzungen der Eissporthalle unterstützen. Eine über die bestehenden vertraglichen Festlegungen hinaus gehende finanzielle Unterstützung für die Eissporthalle wird es nicht geben.

- **Schule, Sport, Leistungssport**

Durch die stärkere Vernetzung von Schule, Sport und Leistungssport wollen wir ein erfolgreich und nachhaltig wirkendes Leistungssportsystem aufbauen. Ziel ist die Förderung jugendlicher Leistungssportler/Innen verschiedener Sportarten durch ein Angebot von bedarfsgerechten Trainings- und Wettkampfstätten an Schulen.

- **Breitensport**

Zur Förderung des Freizeit- und Gesundheitsports unterstützen wir, dort wo möglich, die Öffnung bestehender Sportanlagen und wollen weitere öffentliche Spiel- und Sportflächen anbieten.

9. Kultur

In einer Gesellschaft, in der immer mehr Arbeit von immer weniger Menschen verrichtet wird, verbinden sich mit der Kultur besondere Chancen und Aufgaben.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Schärfung der Profile**

Durch die Konzentration auf Zielgruppen oder Veranstaltungsorte soll ein höheres Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit erzielt werden. Diesbezüglich sollen insbesondere die vorhandenen Standortprofile geschärft werden. Daneben gilt es, Angebote mit überregionaler Ausstrahlung, wie zum Beispiel die Tage alter Musik oder die Martin-Opitz-Bibliothek, zu pflegen.

- **Entwicklung eines Kulturbeirates**

Die Beratung über kulturelle Aktivitäten ist im Kulturausschuss zu bündeln.

Die Stadt Herne muss sich jedoch um die Entwicklung eines eigenen Kulturprofils durch einen offenen Diskussionsprozess unter breiter Beteiligung von KünstlerInnen, Verwaltung und interessierter Öffentlichkeit auch und insbesondere im Kontext der Bewerbung des Ruhrgebiets um die Kulturhauptstadt Europas bemühen. Eine Folge

dieses Prozesses könnte die Entwicklung eines Kulturbeirates sein. Zu dessen Aufgabenbereich sollten neben den klassischen Kulturbereichen auch Fragen der Stadtplanung, -erneuerung und -gestaltung gehören.

Die KünstlerInnen sollten zudem verstärkt in ökologische, soziale und stadtplanerische Gestaltungsprozesse einbezogen werden.

- **Förderschwerpunkte**

Der Förderschwerpunkt im Bereich des Kinder- und Jugendtheaters bleibt erhalten. Daneben gilt es, attraktive und anspruchsvolle Kulturprojekte in Vernetzung mit Zielen der Stadtentwicklung zu initiieren. Neue zusätzliche Förderschwerpunkte ergeben sich aus dem o. g. Diskussionsprozess.

10. Haushalt und Finanzen

Die Vertragspartner stehen für eine nachhaltige und verlässliche Finanzpolitik.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Haushaltskonsolidierung**

Der begonnene Weg der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung ist trotz schwierigster finanzieller Rahmenbedingungen alternativlos und damit fortzuführen. Nur so können Handlungs- und Gestaltungsspielräume gewahrt respektive zurückgewonnen werden und die Belastungen für die nachfolgenden Generationen in einem verantwortbaren Rahmen bleiben.

Nicht das „Klein-Klein“ einzelner Konsolidierungsmaßnahmen darf dabei im Vordergrund stehen, sondern die Optimierung von Handlungsfeldern mit strukturellem Gewicht.

In Akzeptanz der Erkenntnis, dass wesentliche Ursachen der aktuellen Finanzkrise fremdbestimmt auf der Einnahmeseite des Haushaltes zu finden sind, müssen eigenverantwortliche Konsolidierungsstrategien den Fokus auf die Ausgabenseite legen. Wir werden weiterhin im Verbund der Städte und Gemeinden um eine Reform der Kommunalfinanzen streiten, um hierüber Entlastung zu erhalten.

- **Städtisches Vermögen**

Auch das verbliebene städtische Vermögen kann zur Veräußerung anstehen, wenn es zur Erfüllung der Aufgaben verzichtbar ist und vorrangig zur Schuldentilgung genutzt werden kann. Über die Entlastung des Kapitaldienstes können dann finanzielle Freiräume generiert werden.

- **Gebührenhaushalte**

Die Vertragspartner werden sich dafür einsetzen, dass die Gebühren in allen Verwaltungsbereichen stabil bleiben.

11. Verwaltung und Personal

Die Vertragspartner setzen sich für den Erhalt und die Stärkung der Arbeitsplätze bei der Stadtverwaltung und in den städtischen Betrieben ein.

Die Vertragspartner sind sich einig, dass die Modernisierung der Verwaltung eine Daueraufgabe ist.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Personalentwicklungskonzept**

Wir setzen uns für die Erstellung eines zukunftsfähigen Personalentwicklungskonzeptes ein.

- **Öffentliche Ausschreibung**

Die Vertragspartner sind sich einig, dass zukünftig Geschäftsführerstellen in den städtischen Betrieben öffentlich auszuschreiben sind.

- **Personalquotierungsverfahren**

Die Vertragspartner stehen zu dem Instrument der Personalkostenquotierung als Maßnahme der Haushaltssicherung. Wir erwarten jedoch, dass erste Erfahrungen im Rahmen des jetzt gültigen Personalkostenquotierungsverfahrens vorgestellt werden, um gegebenenfalls eine Feinjustierung vorzunehmen.

- **Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen**

Soweit unter dem Druck wegbrechender Einnahmen oder der Haushaltskonsolidierung Arbeitsplätze abgebaut werden müssen, werden wir die Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge und der Erhalt der Gestaltungskraft der Stadt nicht aus den Augen verlieren. Die Vertragspartner werden weiterhin auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten. Damit nehmen wir unsere soziale Verantwortung gegenüber den städtischen Bediensteten und ihren Familien wahr.

- **Strategische Stadtentwicklung unter Konsolidierungsgesichtspunkten**

Konsolidierungskonzept und strategische Stadtentwicklungsplanung sind aufeinander abzustimmen. Die Anpassung der städtischen Infrastruktur an die demografische Entwicklung ist mit Nachdruck zu betreiben, um Fehlentwicklungen zu vermeiden, aber auch, um neue Perspektiven zu eröffnen.

C. Verfahren

- Die Vertragspartner stimmen zu Vorlagen oder Anträgen gemeinsam ab. Wechselnde Mehrheiten werden ausgeschlossen.
- Eigene Anträge können nach gemeinsamer Abstimmung vom Antragsteller präsentiert werden.
- Anfragen und Anträge zur Tagesordnung können von den Fraktionen autonom eingebracht werden. Die Fraktionen werden sich gegenseitig unterrichten.
- Die Vertragspartner planen; jedes Jahr gemeinsam die Ergebnisse ihrer Zusammenarbeit auszuwerten und als Jahresbilanz zu präsentieren.
- Die Vertragspartner werden zudem vor den Ausschusssitzungen ihre Positionen abstimmen. Für das laufende Geschäft erfolgt dies durch die Ausschusssprecher bzw. Ausschussvorsitzenden.
- Es wird eine Koordinierungsgruppe gebildet. Diese besteht aus Vertretern der Parteivorstände und den geschäftsführenden Fraktionsvorständen.
- Bei Dissens entscheidet die KoG; bis dahin werden sich die Vertragspartner enthalten bzw. Änderungsbedarfe in den Vorberatungen ankündigen. Die Koordinierungsgruppe beschließt einstimmig oder stellt den Dissens fest. Sie regelt dann für den Einzelfall das weitere Verfahren.
- Beschlüsse werden protokolliert.
- Die getroffenen Regelungen gelten entsprechend für die Gremien der städtischen Beteiligungen.

Herne, _____

Gerd Bollmann
Vorsitzender des SPD-Unterbezirks

Peter-Hugo Dürdoth
Bündnis 90/Grüne-Parteisprecher

Dirk Gleba
Bündnis 90/Grüne-Parteisprecher

Dr. Frank Dudda
Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion

Dorothea Schulte
Vorsitzende der Bündnis
90/Grüne-Ratsfraktion